

Offener Brief aus dem Weserbergland an die Landesregierung in Hannover

Irmgard Lohmann fordert McAllister in der Frage der Rundfunkgebühren zur Nachbesserung auf



Hameln/Hannover (wbn). Bildungsstätten und kleine Betriebe bis sechs Beschäftigte sollten von den Rundfunkgebühren freigestellt werden. Das schlägt die Sprecherin der Mittelstandsvereinigung (MIT) im Landkreis Hameln-Pyrmont, Irmgard Lohmann, in einem Schreiben an Niedersachsens Ministerpräsidenten David McAllister vor. Ebenso sollte ein Beitrag für betriebliche Kraftfahrzeuge entfallen. Der Brief der MIT-Sprecherin aus dem Weserbergland liegt den Weserbergland-Nachrichten.de im Wortlaut vor:

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zur Zeit liegt Ihnen ein Entwurf über den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) vor. Mit diesem Vertrag soll der Modellwechsel von der geräteabhängigen zur geräteunabhängigen Rundfunkfinanzierung vollzogen werden. Diesen Schritt hält der Kreisverband Hameln-Pyrmont der Mittelstandsvereinigung (MIT) für richtig. Wir unterstützen ausdrücklich, dass die vielfältige und nicht mehr auf Radio und Fernseher begrenzte Mediennutzung auf eine breitere Basis gestellt wird. Bereits am 9. Juni 2010 haben Sie über die grundlegende Ausrichtung eines neuen Gebührenmodells zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entschieden. Demnach soll für alle privaten Haushalte eine einheitliche Abgabe von voraussichtlich 17,98 Euro eingeführt werden. Für Unternehmen soll die monatliche Berechnung nicht mehr gestaffelt nach der Zahl der im Betrieb vorgehaltenen Empfangs- und Abspielgeräte erfolgen, sondern gestaffelt nach der Zahl der Mitarbeiter einer Betriebsstätte und der gewerblich genutzten Kraftfahrzeuge. Ebenso wie eine breite Koalition aus 20 Wirtschaftsverbänden, hat die MIT wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass dieses neue Modell große Schwächen aufweist und insbesondere für mittelständische Unternehmen nicht akzeptabel ist.

Geschrieben von: Lorenz

Samstag, den 30. Oktober 2010 um 20:58 Uhr

